



EURO Merkel stoppt Schäuble

Schäuble, Merkel

HC PLAMBECK

Zwischen Angela Merkel und Wolfgang Schäuble gibt es erneut Spannungen über den Kurs in der Europapolitik. Die Bundeskanzlerin hat Pläne ihres Finanzministers gestoppt, Griechenland vor der Europawahl im Mai ein neues Hilfspaket in Aussicht zu stellen. Das Kanzleramt teilte der Regierung in Athen mit, dass sie nicht mit einem entsprechenden Signal rechnen könne. Merkel fürchtet, dass die Euro-kritische Alternative für Deutschland bei der Europawahl am 25. Mai von einer Diskussion um neue Griechenland-Hilfen profitieren würde. Schäuble wollte den Griechen dagegen ein Zeichen der Solidarität senden und deutlich machen, dass sie nach der Wahl auf weitere Unterstützung zählen können. Er sieht die Gefahr, dass ohne die Aussicht auf weitere Unterstützung radikale Parteien in Griechenland bei der Wahl großen Zulauf bekommen könnten. In diesem Fall halten viele Beobachter ein Ende der Regierung aus Konservativen und Sozialisten für wahrscheinlich. Dies könnte, so die Sorge Schäubles, die Euro-Krise neu entfachen. Zwischen Merkel und Schäuble hatte es bereits zu Beginn der Euro-Krise schwere Meinungsverschiedenheiten über die richtige Strategie gegeben. Während Schäuble die Krise europäisch lösen wollte, bestand die Kanzlerin auf der Einbeziehung des Internationalen Währungsfonds.

AFGHANISTAN

Helfer sollen bleiben

Entwicklungsminister Gerd Müller (CSU) will seine zivilen Helfer notfalls ohne internationalen militärischen Schutz in Afghanistan belassen. Zwar erleichtere es die Arbeit der Entwicklungsexperten, wenn es eine militärische Folgemission gebe, die in Extremfällen die Helfer schütze. „Man wird die Arbeit aber auch fortsetzen kön-

nen, wenn es die Mission nicht geben sollte“, sagt Müller. Ziel des Ministeriums sei es, weitgehend autonom zu sein. Für die zivilen Helfer vor Ort würden Sicherheitsvorkehrungen getroffen, etwa Schutzräume geschaffen und Evakuierungspläne erstellt. In Ministeriumskreisen heißt es, man stelle sich auf einen möglichen Totalabzug der internationalen Truppen ein. Müllers Worte unterscheiden sich auffallend von denen der Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen (CDU), die zuletzt ein stärkeres militärisches

LIMBURGER BISCHOFSHAUS

Papst entscheidet rasch

Der Untersuchungsbericht über die Baufinanzierung des Limburger Bischofshauses geht voraussichtlich am Mittwoch dieser Woche zeitgleich an den Papst nach Rom sowie an den Vorsitzenden der Deutschen Bischofskonferenz, den Freiburger Erzbischof Robert Zollitsch. Papst Franziskus werde die Angelegenheit nicht lange liegenlassen, sondern möglichst rasch entscheiden, heißt es im Staatssekretariat des Vatikans. Der Limburger Bischof Franz-Peter Tebartz-van Elst hat mit seinem Anwalt umfangreiche Stellungnahmen zu den Vorwürfen ausgearbeitet. Der Bericht der fünfköpfigen Kommission soll keine kommentierenden Wertungen enthalten. Bis Ende vergangener Woche hatte die Bischofskonferenz noch keine Entscheidung darüber gefällt, in welcher Form die Katholiken des Bistums über die Inhalte informiert werden. Auf Versammlungen in Limburg war die vollständige Veröffentlichung des Berichts im Internet gefordert worden.



EPB / IMAGO

Tebartz-van Elst

Engagement Deutschlands in der Welt gefordert hatte. „Niemand will militärische Einsätze!“, so Müller. Man habe Lehren aus Afghanistan gezogen. Die Bundesregierung setze zunächst auf Krisenprävention statt auf Intervention. In der CSU werden die Pläne der Verteidigungsministerin von der Leyen schon seit längerem kritisch betrachtet. „Wir wollen Krisen vorbeugen, statt immer neue Krisen zu bewältigen“, sagt Müller, „Entwicklungspolitik ist immer auch präventive Sicherheitspolitik.“